

AfD - Saarland

Landtagswahlprogramm

2017



Alternative

für
Deutschland

Inhaltsverzeichnis

- Präambel 5
- 1. Eigenständigkeit des Saarlandes 6
- 2. Schuldenschnitt für das Saarland – keine neuen Schulden 7
- 3. Kommunalreform 10
- 4. Mittelstand, Handwerk und heimische Industrie stärken durch gezielte Wirtschaftsförderung 12
- 5. Hochschulentwicklung 16
- 6. Deutsch-Französische Freundschaft steht außer Frage – Dennoch keine Einbahnstraße in der Frankreichstrategie 17
- 7. Verbesserung der Infrastruktur auch auf dem Land – Saarländische Landwirtschaft stärken 19
- 8. Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen – Bürgerbefragungen und Volksentscheide erleichtern 20
- 9. Direktwahl des Ministerpräsidenten 20
- 10. Subsidiarität auf allen Ebenen UND wer bestellt, bezahlt – 21
- 11. Innere Sicherheit gewährleisten – Polizei stärken – Kriminalität wirksam bekämpfen - Unabhängigkeit der Justiz 21
- 12. Landeszentrale für politische Bildung und Arbeitskammer abschaffen 23
- 13. Politik aus Überzeugung, nicht aus Versorgungsmentalität - Der Landtag wird zum Teilzeitparlament oder das Parlament wird verkleinert. 23
- 14. Kulturpolitik ist auch Wirtschafts- und Standortpolitik 24

15. Windräder stoppen - Kraftwerke erhalten -
Staatliche Bevormundung bei der Wärmedämmung von
Gebäuden beenden - Keine Fahrverbote für Innenstädte 25
16. Artenschutz; Tierschutz und Jagd 27
17. Grubenwasserkonzept differenziert betrachten – Risiken
ausschließen 28
18. Keine Schulschließung - keine Gemeinde ohne
weiterführende Schule 29
19. Kein Zwang zur Inklusion 30
20. Diplom und Meisterbrief statt Bachelor 30
21. Rundfunkzwangsgebühren abschaffen - Politische
Einflussnahme auf öffentlich – rechtlichen Rundfunk
eindämmen 31
22. Familien stärken – Kinder fördern – Eltern entlasten 32
23. Armut bekämpfen 33
24. Steuervereinfachung/Steurgerechtigkeit 35
25. Keinen Cent für „Gender Mainstreaming“ 36
26. Keine weitere Eurorettung auf unsere Kosten 37
27. Kein Einstieg in die Abschaffung des Bargeldes 37
28. Asylrecht schützen – Missbrauch bekämpfen 38
29. Zuwanderung eindämmen – Schengen aussetzen 39
30. Freiheit der Bürger 40

Präambel

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine Partei, in der Bürger aller sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. Die Mitglieder der AfD sind sich ihrer Verantwortung für den Mitmenschen, die Gesellschaft und den demokratischen Staat bewusst.

Die AfD sieht die Grundlage ihrer politischen Arbeit in einem Menschenbild, das von humanistischen Wertvorstellungen geprägt ist. Sie bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft.

Die AfD weiß sich der Geschichte und dem geistigen, kulturellen Erbe unseres ganzen Volkes verpflichtet. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit stellt sie sich den Aufgaben der Gegenwart. Sie erarbeitet Lösungen für die Fragen der Zukunft.

Im Mittelpunkt unseres politischen Denkens stehen der Mensch und seine Freiheit. Wir bekennen uns zum Vorrang der Person vor der Behörde, zur Überlegenheit der freien Entscheidung gegenüber der staatlichen Lenkung, zur Unantastbarkeit der Menschenwürde, zum Recht eines Einzelnen auf Anerkennung, Bestätigung und Förderung.

Die Demokratie braucht den freien, selbstverantwortlichen Bürger. Zur Freiheit gehört die Entschlossenheit, sie zu verteidigen.

Die AfD vertritt die Rechte und Interessen des Einzelnen und der verschiedenen sozialen Gruppen. Sie tritt für einen gerechten Ausgleich unter ihnen ein. Sie erfüllt als eigenständige politische Kraft ihren Auftrag im und für das Saarland und für Deutschland.

Die AfD Saar ist bereit, im Saarland politische Verantwortung zu übernehmen. Deshalb erstellt die AfD Saar das nachstehende Landesprogramm, das auch Punkte enthält, die über landespolitische Themen hinausgehen, die jedoch die Lebensverhältnisse der Saarländer wesentlich beeinflussen. Es ist uns bewusst, dass nur die wichtigsten politischen Anliegen aufgeführt sind. Gleichwohl werden wir uns den jeweils tagesaktuellen politischen Themen annehmen.

1. Eigenständigkeit des Saarlandes

Die Eigenständigkeit des Saarlandes ist nicht verhandelbar. Das Saarland, kleinstes Flächenland der Bundesrepublik Deutschland, gelegen im Zentrum von Europa kann mit einer wechsellvollen Geschichte aufwarten:

1815-1919-1935-1955 waren die politischen Schicksalsjahre der Saarregion. Noch im Pariser Friedensschluss von 1814 war festgelegt worden, dass Teile der Saarregion zu Frankreich gehören sollten, wogegen sich die Bevölkerung vehement wehrte. Der westliche Teil der Saarregion wurde dann Preußen zugeschlagen, der östliche Teil Bayern.

Auch 1935 und 1955 entschied sich die Bevölkerung der Saarregion für Deutschland. Aufgrund der wechsellvollen Geschichte entwickelte sich eine typisch saarländische Identität. Insbesondere in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg bis zum Anschluss an die Bundesrepublik Deutschland stand das Saarland im Zentrum der internationalen Politik mit eigener Fußballnationalmannschaft.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die Saarländer als weltoffen und liberal gelten. Das Saarland kann auch die Solidarität der anderen Bundesländer und des Bundes einfordern. Denn anders als den ostdeutschen Landsleuten 1989, hat den Saarländern ihre Selbstbestimmung 1955 wirtschaftlich nicht wirklich viel gebracht. Die Saarländer verstanden sich zwar immer als Deutsche. Im Gegensatz zur großen Wiedervereinigung, wurden die Saarländer allerdings mit Almosen abgespeist. Die Zuwendungen für die neuen Bundesländer haben ganz andere Dimensionen. Bundesbehörden und Bundesgerichte wurden ohne große Diskussionen in die neuen Bundesländer verlegt.

Insoweit wurde das Saarland bisher stiefmütterlich behandelt und ist das fünfte Rad am Wagen, obwohl es lange eine Brückenfunktion zu Frankreich darstellte. Anstatt das Saarland mit Bundes- und Europabehörden auszustatten um die Infrastruktur zu verbessern und es mit ausreichenden Finanzmitteln zu versehen wie die neuen Bundesländer, wurde in Erwägung gezogen eine militärische Flugzone zu errichten, ohne die saarländische Landesregierung zu kontaktieren.

Ein Anschluss des Saarlandes an ein anderes Bundesland gegen den Willen der Bevölkerung ist daher abzulehnen. Jegliche Diskussion hierüber schadet dem Ansehen des Landes und seiner

Bevölkerung. Das Saarland als kleines Bundesland ist durchaus überlebensfähig. Häufig sind gerade kleinere Länder in Europa effizienter und wohlhabender als größere, wie die Beispiele Schweiz und Luxemburg zeigen.

Um die Eigenständigkeit allerdings langfristig zu sichern ist es dringend geboten, Reformen umzusetzen und einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben.

Diese Maßnahmen werden allerdings ad absurdum geführt durch die finanziellen Verpflichtungen des Landes und der Kommunen aufgrund der Flüchtlingskrise. Diese Kosten erreichen astronomische Höhen. Der Bund weigert sich beharrlich eine hundertprozentige Erstattung der Kosten vorzunehmen. Die die Landesregierung tragenden Parteien ignorieren diese Tatsache und gefährden damit letztendlich die Existenz des Saarlandes.

2. Schuldenschnitt für das Saarland – keine neuen Schulden

Saar-Schulden steigen auf 14.5 Milliarden.

Das Saarland und Bremen werden es einer neuen Studie der Beratungsgesellschaft PWC zu Folge aus eigener Kraft nicht schaffen, ab 2020 die Schuldenbremse einzuhalten ohne neue Kredite aufzunehmen. PWC lobt die Konsolidierungsfortschritte des Saarlandes. Diese seien aber nicht ausreichend, um ab 2020 die Schuldenbremse einhalten zu können. Ohne Hilfe wäre der Sparzwang so groß, dass dieser praktisch nicht umsetzbar wäre. Auch die Kommunen befinden sich in einem prekären Zustand. Mittlerweile ist die saarländische Landeshauptstadt Saarbrücken eine der am höchsten verschuldeten Städte in Deutschland. Die Ursachen der Verschuldung sind vielfältig.

Erst 1959 erfolgte die Wiedervereinigung mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Eingliederungsbeihilfen hatten nicht annähernd den Umfang der Hilfen für die neuen Bundesländer, die bis heute anhalten. Bei der Ansiedlung von Bundesbehörden oder gar europäischen Institutionen wurde das Saarland benachteiligt. Vor allem die Schulden aus der Zeit der Krise der Bergbau- und Stahlindustrie belasten und waren der Ursprung der Verschuldung. Außerdem zahlen viele Arbeitnehmer des Saarlandes ihre Steuern in Frankreich oder Luxemburg.

Derzeit pendeln mehr als 18.000 Arbeitnehmer von Frankreich ins Saarland und etwa 8.000 saarländische Arbeitnehmer nach

Luxemburg. Das Saarland verliert dabei 80 Millionen Euro Lohnsteuern an Frankreich und 47 Millionen Euro an Luxemburg. Bei der Wirtschaftskraft pro Einwohner liegt das Land auf Platz 7 aller 16 Bundesländer. Die Lohnsteuer wird jedoch danach verteilt, wo der Arbeitnehmer wohnt, nicht danach, wo er arbeitet. Belgien erhält einen Ausgleich für Steuerausfall. Das Saarland geht leer aus. Alles unter Billigung von Bundes- und Landesregierung.

Ein weiterer Grund ist die Tatsache, dass viele im Saarland ansässige überörtliche Betriebe ihre Steuern am Sitz der Zentrale zahlen. So erreicht das Saarland bei der Wirtschaftskraft zwar fast den Durchschnitt der Länder, fällt bei den Steuereinnahmen aber auf 80 % zurück. Diesen Umständen ist Rechnung zu tragen, auch unter dem Gesichtspunkt der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Wenn der Bund es hinnimmt, dass diese in Deutschland in diesem Maß weiter auseinanderdriften, muss Klage vor dem Bundesverfassungsgericht erhoben werden. Mit Nachdruck und unverzüglich müssen Verhandlungen über einen neuen Länderfinanzausgleich geführt werden. Mit dem Bund sind Verhandlungen zu führen über einen Schuldenschnitt sowie eine Änderung der Anteile an der Umsatzsteuer.

Derzeit wird die Umsatzsteuer wie folgt verteilt: Bund 53% - Länder 45% - Städte und Gemeinden 2%. Außerdem sind mit Nachdruck Verhandlungen zu führen über eine Umverteilung des Solidaritätszuschlages, solange er noch gezahlt wird. Der Solidaritätszuschlag darf nicht mehr alleine den ostdeutschen Ländern zukommen, sondern strukturschwachen Regionen der gesamten Republik.

Des Weiteren wird das Saarland vom Bund konsequent benachteiligt, indem der Bund bei der Ansiedlung von Bundesbehörden insbesondere seit der Deutschen Einheit die ostdeutschen Länder bevorzugt. Das Verkehrsministerium hatte bei einem Sonderprogramm für die Sanierung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen das Saarland völlig außer Acht gelassen. Die deutsche Bahn dünnt nach und nach die Fernverkehrsverbindungen aus.

Stellenschließungen im Saarland sind an der Tagesordnung. Das Bundesverfassungsgericht forderte bereits 1992 den Bund auf, mehr Einrichtungen im Saarland anzusiedeln. Seit dieser Zeit ist ein weiteres Drittel der Stellen bei den Bundesbehörden entfallen. Dies

trägt ebenfalls zu einer Schwächung der Wirtschafts- und Finanzkraft bei.

Umso mehr ist der Bund nun in der Pflicht, über einen Schuldenschnitt das finanzielle Überleben des Saarlandes zu garantieren. In der Vergangenheit haben sich die Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die Altlastenhilfe sowie die Besserstellung im Finanzausgleichssystem unzumutbar lang hingezogen ohne ein befriedigendes Ergebnis.

Weder die Geberländer noch der Bund denken daran, einer befriedigenden Lösung zuzustimmen, dies umso mehr nach den jüngsten Ereignissen in der Griechenland-Krise und der Asyldebatte. Die Milliardenbelastungen, die auf Deutschland zukommen, werden dazu führen, dass die Verhandlungen mit dem Bund und den Geberländern noch schwieriger werden.

Es ist inakzeptabel, dass in der Griechenland-Krise Risiken in Milliardenhöhe eingegangen werden, andererseits dem Saarland lebensnotwendige Hilfen verwehrt werden. Es existiert immer noch das bundesstaatliche Rechtsgut der gleichwertigen Lebensverhältnisse. Wenn der Bund es weiterhin hinnimmt, dass diese in Deutschland in diesem Maße weiter auseinanderdriften, muss die dritte Gewalt im Staat angerufen werden. Wir unterstützen die Forderung von 67 finanzschwachen Kommunen aus 8 Bundesländern einer Bundesratsdebatte zur Verbesserung der Kommunal Finanzen und eine Debatte zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Demgegenüber lassen sich die Finanzprobleme des Saarlandes nicht nur mit externer Hilfe lösen. Das Saarland muss auch seine Hausaufgaben machen. Dem eingeleiteten Schuldenabbau ist zuzustimmen.

Das zwischen Land und Kommunen abgeschlossene „Kommunalkpaket“ geht in die richtige Richtung. Das Junkernheinrich-Gutachten mit seinen Empfehlungen, wie z.B. Erhöhung der Grundsteuer, Abbau von Personalkosten und Erhöhung der Gebühren, ist allerdings nur unter der Voraussetzung umzusetzen, dass alle finanzpolitisch relevanten Akteure wie Bund, Land und Kommunen ihren Beitrag leisten. Einer einseitigen Belastung der Bürger, wie z.B. die Erhöhung der Grundsteuer, wird ausdrücklich widersprochen. Nur bei Vorlage eines Gesamtkonzepts wird einer Bürgerbelastung zugestimmt.

Das Stellenvolumen der Landesbehörden ist im Verhältnis des Rückgangs der Bevölkerung auf Grund der demografischen Entwicklung zurückzufahren. Die Finanzen der Kommunen sind zu konsolidieren und zu überprüfen, auch durch die Einführung einer Gemeindeprüfungsanstalt öffentlichen Rechts nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens. Der typisch saarländischen „Klientelpolitik“ muss der Kampf angesagt werden. Hierzu zählt insbesondere die Nichtbesetzung von hochdotierten „Frühstücksdirektorenposten“, wie z.B. der Wiederbesetzung der Position des Präsidenten des Sparkassenverbandes. oder die Doppelbesetzung in der landeseigenen Totogesellschaft mit ausgedienten Parteifunktionären der Altparteien.

Ab sofort werden keine neuen Landräte gewählt im Hinblick auf eine durchzuführende Kommunalreform. Auch die dramatischen Auswirkungen der Flüchtlingspolitik führen zu katastrophalen finanziellen Verwerfungen beim Land und den Kommunen. Wenn die Flüchtlingskosten nicht zu 100 Prozent vom Bund übernommen werden, sind die Haushalte von Land und Kommunen nicht mehr zu retten. Sämtliche Sparbemühungen werden obsolet, wenn das Problem der Flüchtlingskosten nicht vom Bund gelöst wird. Die Landesregierung muss vom Bund und vom Stabilitätsrat fordern, dass die Flüchtlingskrise als außergewöhnliche Notsituation anerkannt wird, um die jährlichen Konsolidierungsbeihilfen von jährlich 260 Millionen Euro nicht zu gefährden.

3. Kommunalreform

Das Saarland ist völlig überverwaltet. Landesregierung, 5 Landkreise plus Regionalverband, dazu 52 Gemeinden mit entsprechendem Personal und Ausstattung.

Das Saarland ist kein Stadtstaat, gleichwohl wäre eine große Kommunalreform mit dem Ziel der Abschaffung der Kreise analog zu den Stadtstaaten sinnvoll. Stadtstaaten belegen, dass auch bei einer größeren Einwohnerzahl eine zusätzliche Verwaltungsebene nicht erforderlich ist, sondern dass Landesaufgaben und überörtliche kommunale Aufgaben von einer Hand wahrgenommen werden. Kommunen werden wieder zuständig für alle Aufgaben der örtlichen Versorgung und zugleich Träger der Sozialhilfe. Dies wäre wesentlich effizienter, weil städtische/gemeindliche Mitarbeiter die sozialen Brennpunkte vor Ort bei weitem besser kennen.

Das Junkernheinrich-Gutachten stellte fest, dass die Ausgaben der saarländischen Landkreise und insbesondere des Regionalverbandes bei vielen Sozialleistungen deutlich über dem Durchschnitt anderer Bundesländer liegen. Die Landkreise / Regionalverband legen die Kosten auf die Kommunen um und unterliegen somit keinem Sparzwang. Dieses System muss geändert werden.

Derzeit finanzieren die Landkreise die steigenden Kosten der Sozial und Jugendhilfe über die Umlage, die von Städte und Gemeinden zu zahlen sind. Die Landkreise haben somit keinen Sparzwang. Die Kreisumlage ist abzuschaffen.

Wir fordern eigene Einnahmen für die Landkreise aus einer Neuverteilung der Umsatzsteuer. Die überörtliche Versorgung erfolgt konsequent über landesweite Gesellschaften für Krankenhäuser, Schwimmbäder, Berufsfeuerwehren etc. Dadurch kann das Angebot konsequent an die Nachfrage angepasst werden.

Eine ungleichmäßige Versorgung mit Schwimmbädern wird dadurch verhindert. Ziel muss es sein, allen Bürgern die Möglichkeit zu geben mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Schwimmbäder zu erreichen. Durch die Konzentration auf Landesgesellschaften wird auch auf Grund von Standardisierungen die Qualität der angebotenen Leistungen gesteigert.

Des Weiteren ist zu denken an landesweite Fusionen im Bereich der Genossenschaftsbanken und der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute oder die Einrichtung einer landeseigenen Zoogesellschaft. Die sich dadurch ergebenden Personaleinsparungen können sinnvollerweise in Hochschulen, Forschungsinstitute, Kultur und Wirtschaftsförderung investiert werden, was der Attraktivität des Landes dient und Wertschöpfung darstellt.

In diesem Kontext ist auch an eine umfassende Kooperation mit Rheinland-Pfalz zu denken wie z.B. gemeinsame Gerichte, Ämter, Straßenbau und Mobilität sowie einen Saar-Pfalz-Flughafen in Saarbrücken. Eine große Kommunalreform ist bisher unterblieben, weil die Altparteien auf Spitzenposten in der Landratsverwaltung verzichten müssten. In Anbetracht der prekären Situation des Landes wird die Landesregierung aufgefordert, unverzüglich Schritte zur Umsetzung einer großen Kommunalreform einzuleiten.

Die Erwartung, dass Kommunen freiwillig kooperieren oder sich zusammenschließen ist illusorisch. In einem ersten Schritt sollte der Regionalverband aufgelöst werden und die verbleibenden 5 auf 2 Landkreise zurückgefahren werden. Saarbrücken wird Regionalstadt

und kreisfrei Auch das Junkernheinrich-Gutachten befürwortet eine Reduzierung der Landkreise.

Ab sofort sind vakante Landratsposten nicht mehr zu besetzen. Unter Einbindung der Kommunen, der Bürger, Verbänden und Gewerkschaften müssen Vorbereitungen für eine „große Verwaltungsreform“ mit dem Ziel zur Schaffung eines überlebensfähigen Bundeslandes eingeleitet werden. Die öffentliche Verwaltung ist mit modernsten EDV - Systemen zur Effizienzsteigerung auszustatten.

Eine Privatisierung der Grundversorgung mit Trinkwasser lehnen wir ab. Unternehmen der öffentlichen Versorgung und der Daseinsvorsorge müssen in transparenten und demokratischen Strukturen organisiert werden. Die Leistungen sind an die Bürger grundsätzlich zu Gestehungspreisen abzugeben.

4. Mittelstand, Handwerk und heimische Industrie stärken durch gezielte Wirtschaftsförderung

Die Landesregierung hat kein Konzept zur Weiterentwicklung des Landes.

Die Arbeitskammer schlägt Alarm: Das Saarland wird abgehängt. Es ist unklar, wohin sich Stahl- und Autoindustrie entwickeln werden. Die Unterstützung der Stahlindustrie im Kampf gegen Dumpingpreise und überzogene Umweltauflagen der EU ist seitens des Bundes und des Landes unzureichend.

Der SPD Europaabgeordnete Josef Leinen wird aufgefordert, sich für die saarländische Stahlindustrie einzusetzen, anstatt sich für die Verteuerung und Verknappung der Emissionszertifikate einzusetzen. Aufgrund der krisenanfälligen Automobilindustrie muss befürchtet werden, dass es zu einem Einbruch in den genannten Bereichen kommen wird.

Das Saarland ist zusammen mit Sachsen-Anhalt Schlusslicht bei den Ausgaben pro Jahr für Forschung und Entwicklung.

Nach dem Zukunftsatlas 2016 des Prognos-Instituts fallen die saarländischen Landkreise dramatisch zurück. Alternativen müssten deshalb entwickelt werden. Es ist Aufgabe einer Landesregierung die entsprechenden Impulse zu geben.

Im Vordergrund muss deshalb nicht die Ausweitung der Sozialgesetzgebung stehen, sondern die Erarbeitung eines

Zukunftskonzepts inklusive einer klaren Finanzplanung. Im Mittelpunkt dieses Zukunftskonzepts müssen die Hochschulen des Saarlandes stehen, die zu Elitehochschulen ausgebaut werden müssen.

Weitere Aufgaben einer zukünftigen Landesregierung wären die Vernetzung von Uni und HTW mit der Wirtschaft sowie die Einleitung einer Digitalisierungsstrategie.

Weitere Themenschwerpunkte müssen sein: Autoindustrie inklusive künftiger Mobilität, Industrie 4.0 und Gesundheitswesen. Die Verbindung zwischen Industrie und Forschung ist unabdingbar und vom Land zu fördern und zu unterstützen.

Die Zahl neuer Start-Up-Unternehmen aus dem Umfeld der Hochschulen ist durch entsprechende Fördermaßnahmen zu erhöhen.

Das industrieorientierte Saarland steht an letzter Stelle bei der Ausbildung von Ingenieuren.

Ein untragbarer Zustand für ein Industrieland. Ziel muss es sein, das Saarland zu einem „Bildungsleuchtturm“ in der Großregion zu machen. Das Saarland ist Schlusslicht bei der beruflichen Weiterbildung. Für ein Industrieland inakzeptabel! Staatliche Förderung ist deshalb von Nöten.

Anstatt den Mittelstand aktiv zu fördern werden Unternehmen weiterhin mit strengeren Regeln aus den Bereichen Zeitarbeit, Leiharbeit, Mindestlohn und den sich daraus ergebenden Aufzeichnungspflichten drangsaliert.

Betriebe sind von unnötiger Bürokratie zu entlasten; das Beauftragten-Unwesen ist zu überprüfen.

Das Saarland liegt bei den Investitionen deutlich unter dem Schnitt anderer Bundesländer. Bei den Kommunalsteuern entwickelt sich das Saarland allerdings mehr und mehr zu einem Hochsteuerland für Unternehmen. Da die Kommunen im Saarland chronisch unterfinanziert sind und nun durch die Flüchtlingsproblematik noch mehr belastet werden, erhöhen sie nach und nach die Gewerbesteuer und riskieren damit die Investitions- und Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen.

Die Landesregierung erhöhte zum wiederholten Mal die Grunderwerbssteuer. Das Saarland hat somit einen der höchsten Grunderwerbssteuersätze in Deutschland. Diese Steuer ist zu senken bzw. abzuschaffen, da sich dies ansonsten weiterhin negativ auf die Investitionsbereitschaft auswirken wird. Diese Entwicklung wird sich

auch negativ auf die Standortentscheidung auswirken. Deshalb müssen die Finanzen der Kommunen in Ordnung gebracht werden, damit die Kommunen nicht mehr gezwungen sind Gewerbesteuersätze anzuheben.

Zu einer florierenden Wirtschaft gehört die entsprechende Infrastruktur und die Bereitstellung und Unterhaltung zeitgemäßer Verkehrswege. Das Saarland liegt heute ähnlich wie Regionen im Osten Deutschlands am Rande der großen Wirtschaftszentren. Umso wichtiger ist es, eine funktionierende Infrastruktur und Mobilitätspolitik zu betreiben, die den Standortnachteil kompensiert.

Die Landesregierung hat hier enorme Defizite zu verantworten. So ließ sie es zum Beispiel zu, dass das Land von einer Milliarden-Spritze des Bundesverkehrsministeriums in die marode Verkehrsinfrastruktur nicht einen einzigen Cent erhalten hat.

Das Fiasko um die Fechinger Talbrücke hat die Landesregierung mit ihrem Landesbetrieb für Straßenbau zu vertreten.

26 Millionen an Bundesmitteln wurden nicht abgerufen, obwohl Brücken einzustürzen drohen.

Gleichwohl treten wir nach dem Subsidiaritätsprinzip dafür ein, die Planungen beim LfS zu belassen. Ämter und Behörden müssen jedoch effektiver kontrolliert werden.

Korruptionsbekämpfung muss Chefsache werden. Eine Planungszeit von 10 Jahren für einen Brückenersatz zeigt, wie das Land überreguliert ist.

Das LfS ist unverzüglich personalmäßig ausreichend auszustatten.

Die notwendigen Planungen und Baumaßnahmen sind sofort in Angriff zu nehmen. Verordnungen etc. sind unter dem Gesichtspunkt Bürokratieabbau auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen.

Die deutsche Bahn dünnt seit Jahren die verkehrsmäßige Anbindung aus. Dies alles geschieht unter den Augen führender saarländischer Bundespolitiker, an erster Stelle genannt: Altmaier und Maas. Diese Entwicklung ist umzukehren.

Die Deutsche Bahn, als hundertprozentige Tochter der Bundesrepublik Deutschland, ist ultimativ aufzufordern, das Saarland an die großen europäischen Verkehrsverbindungen anzuschließen.

Wir fordern eine mehrmals täglich verkehrende Direktverbindung nach Frankfurt, dem aller Voraussicht nach zukünftigen Europäischen Bankenplatz. Ohne optimale Verkehrsverbindung wird das Saarland von der Ausstrahlung Frankfurts nicht partizipieren.

Weitere Forderungen sind eine Direktverbindung Saarbrücken/Luxemburg, der weitere Ausbau der Saarbahn in die

Mittelstädte des Saarlandes und Forbach, sowie die Schaffung eines modernen, attraktiven und bezahlbaren Verkehrsverbundes.

Die Tourismusförderung in dem bisherigen Umfang ist nicht ausreichend. Wir benötigen ein professionelles Tourismuskonzept für den Großraum Saarland - Elsass/Lothringen - Luxemburg - Rheinland Pfalz mit den Schwerpunkten Kultur, Historie und Kulinarik mit einer weltweit angelegten Marketingstrategie.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich die Wiederbelebung der Rosseltalbahn mit grenzüberschreitendem Schienen- Personen- Ringverkehr.

Wir treten auch dafür ein, nach Einstellung der Saarmesse als Verbrauchermesse den Messestandort Saarbrücken für Industrie und Fachmessen weiterzuführen.

Das Saarland hat kein Negativ-Image! Es hat überhaupt kein Image. Nach wie vor ist das Ansehen des Saarlandes im Bundesgebiet desaströs, obwohl die Realität eine andere ist.

Wer längere Zeit im Saarland lebt, stellt fest, dass es hier Vorzüge gibt, die andere Bundesländer nicht zu bieten haben.

Das schlechte Image des Saarlandes führt dazu, dass sich immer weniger Führungskräfte finden lassen für die saarländische Wirtschaft. Andererseits verlassen immer mehr junge, gut qualifizierte Saarländer das Saarland.

Die von der saarländischen Landesregierung initiierte Imagekampagne führte nicht zu einer Veränderung und wurde von einem der führenden Köpfe der saarländischen Wirtschaft als „Lachnummer“ bezeichnet.

Der Slogan „Großes entsteht im Kleinen“ bewirkt zwischenzeitlich das Gegenteil. Alternativ hierzu sollten an deutschen und europäischen Hochschulen gezielt um Hochschulabsolventen geworben werden für den saarländischen Arbeitsmarkt. Der Subventionsdschungel ist zu lichten zugunsten der Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse in marktfähige Produkte.

Letztendlich wird die Forderung aufgestellt, die unsäglichen Russlandsanktionen zu beenden. Etliche saarländische Industrieunternehmen klagen über einen erheblichen Rückgang der Umsätze. Wirtschaftssanktionen bewegen in der Regel nicht all zu viel, im konkreten Falle schon gar nichts. Leidtragender ist die saarländische Wirtschaft sowie die Arbeitnehmer, die aufgrund von Umsatzrückgängen mit Arbeitsplatzverlusten rechnen müssen.

5. Hochschulentwicklung

Die Universität des Saarlandes sowie die HTW sind mit den erforderlichen Mitteln für eine weitere Expansion auszustatten und von den verordneten Sparzwängen zu befreien.

Der von der großen Koalition verabschiedete Hochschulentwicklungsplan ist zu revidieren. Die verordneten Sparmaßnahmen stellen eine Gefahr für die Überlebensfähigkeit des Saarlandes dar.

An der Universität des Saarlandes sind derzeit ca. 18000 Studenten eingeschrieben. Die Universität ist einer der größten Arbeitgeber im Land. Untersuchungen hatten ergeben, dass jeder Euro an Landesmitteln, der für die Universität des Saarlandes als Landeszuschuss gewährt wird, rund 1,60 € für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erbringt. Hierbei sind nicht die Effekte berücksichtigt, die sich auf Optionen für die Zukunft beziehen. Universitäten sind nicht ausschließlich in der Wissensproduktion von heute tätig, sondern sie schaffen Innovationen für Zukunftsmärkte. Die Wissensproduktion von heute sichert die Chancen der Wirtschaft von morgen.

Deshalb ist es notwendig in Hochschulen mehr zu investieren und nicht zu sparen. Die schrumpfende Bevölkerung im Land wird umso mehr schrumpfen, je weniger man in Hochschulen investiert, weil Hochschulen der zugleich stärkste Zug- und Bindungsfaktor für junge Menschen sind.

Ohne Hochschulen wird sich die bereits vorhandene Abwanderungstendenz verstärken. Aufgrund der aktuellen Spardiskussion sind bereits Abwanderungstendenzen insbesondere auch bei jungen Nachwuchsforschern zu erkennen. Ein Schrumpfungsprozess setzte bereits ein. Es ist bereits ein Rückgang der Studienanfänger in Höhe von 16 % festzustellen. Völlig kontraproduktiv!

Reputationsverluste an den Fakultäten sind ebenso festzustellen, was dazu führt, dass hochqualifiziertes Personal, Wissenschaftler und Professoren als Ersatz für ausscheidendes Personal nicht mehr zu gewinnen sein werden. Das Spardiktat und die Vorgaben der Landesregierung haben die Universität des Saarlandes bundesweit in ein negatives Licht gerückt.

Diese Entwicklung muss revidiert werden. Auch bei der HTW zeigt sich, dass die Landesregierung die Entwicklung der Hochschule eher behindert als fördert.

Bislang war die Landesregierung nicht in der Lage die Raumprobleme der HTW zu lösen. Ein bereits seit Jahren fertiggestelltes Gebäude ist wegen Brandschutzvorgaben nicht bezugsfertig. Die Behörden haben es bis heute nicht vermocht eine Lösung zu finden.

Die HTW ist ebenso wie die Universität des Saarlandes räumlich und personell mit allen erforderlichen Mitteln auszustatten. Letztendlich ist die Hochschulselbstverwaltung zu garantieren.

Aktionen wie die Schließung des Botanischen Gartens schaden dem kulturellen Ansehen des Saarlandes.

6. Deutsch-Französische Freundschaft steht außer Frage – dennoch keine Einbahnstraße in der Frankreichstrategie

Zusammenarbeit mit dem erfolgreichen Luxemburg fördern

Mitarbeit in dem Projekt Großregion Saar-Lor-Lux hinterfragen

Die Frankreichstrategie der Landesregierung ist einer umfassenden Prüfung zu unterziehen. Es drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hierbei um eine „Einbahnstraße“ handelt.

Hauptnutznießer ist Lothringen und nicht das Saarland. Deutsch-Französische Gipfel finden in Lothringen, Elsass, Baden-Württemberg, Paris oder Berlin statt, nur nicht im Saarland. Das Saarland, dem eine Brückenfunktion zwischen Deutschland und Frankreich nachgesagt wird, wird auch hier vernachlässigt. Der Pingusson-Bau würde sich aufgrund seiner Geschichte für ständige Konsultationen zwischen Paris und Berlin hervorragend eignen.

18.000 französische Grenzgänger arbeiten im Saarland, hingegen lediglich 1.000 Saarländer in Lothringen. In diesem Zusammenhang ist auch die französische Kulturpolitik zu kritisieren, die aus welchen Gründen auch immer die deutsche Sprache in Frankreich zugunsten des Englischen zurückdrängt.

Grenzüberschreitende Projekte werden seitens der französischen Verwaltung, wenn überhaupt, nur mit Verzögerungen umgesetzt. Die Themen Cattenom, Carling und Bure werden ebenfalls seitens der französischen Seite nicht ernst genommen. Die französische Atomaufsichtsbehörde ist aufzufordern der Betreiberfirma EDF des AKW Cattenom unverzüglich Auflagen zu erteilen, Cattenom mit modernster Sicherheitstechnik auszustatten und ein Sicherheitskonzept zur Abwehr terroristischer Anschläge zu entwickeln.

Durch den französischen Bergbau hervorgerufene Schäden im Saarland werden nur unzureichend reguliert. Hiesige Bedenken werden ignoriert oder zerstreut.

Die Bundesregierung ist aufzufordern, Frankreich zu einem sofortigen Abschalten von Cattenom zu bewegen. Vor Terroranschlägen und Flugzeugabstürzen ist Cattenom zu wenig geschützt. Die diesbezüglichen Bedenken der saarländischen Landesregierung wurden seitens der französischen Regierung bisher ignoriert. Es muss bezweifelt werden, dass die Gebietsreform (Elsass, Lothringen und Champagne-Ardenne) hieran etwas ändert.

Das Saarland als Brückenfunktion zwischen Deutschland und Frankreich verliert immer mehr an Bedeutung trotz der vielbeschworenen Frankreichstrategie. Ernstzunehmende Gespräche mit der französischen Seite sind demnach über diese Problematik zu führen.

Alternativ hierzu sollte eine Luxemburgstrategie entwickelt werden, da die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Luxemburg als einem der führenden Finanzzentren Europas immer besser funktioniert.

Deshalb nochmals die Forderung nach dem Ausbau einer direkten Bahntrasse nach Luxemburg. 20 Jahre Großregion Saar-Lor-Lux: Intransparent – unverbundlich – zu wenig demokratisch (SZ 22.12.2015) Elsass-Lothringen, und die Wallonie sind wenig kooperativ und zu sehr den Weisungen ihrer Nationalstaaten ausgesetzt. Die Ergebnisse sind unzureichend. Deshalb ist ein Forderungskatalog zu erarbeiten.

Bei weiterhin mangelnder Kooperation ist das Projekt aufzukündigen und die freiwerdenden Mittel saarländischen Leuchtturmprojekten wie zum Beispiel Hochschulen zuzuführen.

7. Verbesserung der Infrastruktur auch auf dem Land Saarländische Landwirtschaft stärken

Seit 20 Jahren ist der demografische Wandel in der politischen Diskussion. Das Saarland wird nach allen Prognosen vom Rückgang der Bevölkerung besonders stark betroffen sein, denn es hat vor allem eine dörfliche Struktur, mit nur wenigen Städten, die zum Teil selbst schrumpfen. Auf den Dörfern fehlt es schon jetzt an fast allem: kein Geschäft, kein Wirtshaus, kein Arzt, keine Bankfiliale. In den Wohnhäusern wohnen oftmals nur noch einzelne Personen, andere Häuser stehen zum Verkauf.

Noch in den 90er Jahren hatte das Saarland annähernd 1,1 Millionen Einwohner. Heute, 2015, sind es ca. 990.000. Bis 2060 könnte die Zahl laut Prognose auf 700.000 sinken. Weniger Einwohner bedeuten weniger Geld mit größer werdenden Lasten. Hiergegen wurde bisher nichts getan bis auf die Erstellung teurer Projektstudien. Diesem Problem muss entgegengesteuert werden durch eine Verbesserung der Attraktivität des Landes, was wiederum zu einem erhöhten Zuzug führen kann, einer familienfreundlichen Politik und einer Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Die Lebensbedingungen in den Städten und der Landeshauptstadt einerseits und dem ländlichen Bereich driften immer mehr auseinander. Um dem entgegen zu wirken ist die Erstellung eines qualifizierten Landesentwicklungsplans unabdingbar.

Weitere Maßnahmen sind die verkehrsmäßige Anbindung des ländlichen Raums an die Städte und die Landeshauptstadt durch einen weiteren Ausbau der Saarbahn sowie die Verbesserung der Bahnverbindungen in die deutschen Wirtschaftszentren sowie der Bau neuer Bahntrassen nach Luxemburg und Forbach. Der öffentliche Personennahverkehr ist zu optimieren.

Kooperationen mit angrenzenden Verkehrsverbänden sind anzustreben. Unabdingbar ist ebenfalls die flächendeckende Breitbandverkabelung (Internet).

Die A6 / A620 ist die Hauptverkehrsader im Saarland, die, insbesondere im Bereich Saarbrücken, unter permanenter Überlastung leidet und in vielen Bereichen, wie z.B. der Fechinger Talbrücke, dringend sanierungsbedürftig ist. Hier ist für einen umfassenden und schnellen Ausbau zu sorgen.

Die saarländische Landwirtschaft als Garant für den Erhalt und die Pflege für Kulturlandschaften, für den Erhalt ländlicher Strukturen und für die Versorgung der Bevölkerung mit regional angebauten Nahrungsmitteln, ist zu stärken und deren Überleben zu sichern. Die Biolandwirtschaft im Saarland ist in ihrer Existenz bedroht, weil ein EU-Fördermittelprogramm ausgelaufen ist. Die saarländische Biolandwirtschaft ist gegenüber den Agrarfabriken in den neuen Bundesländern nicht wettbewerbsfähig, weshalb Fördermittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden müssen, um das Überleben der traditionellen saarländischen Landwirtschaft zu sichern. Bei der Ausweisung von Naturschutzgebieten ist auf die Belange von landwirtschaftlichen Betrieben zu achten.

8. Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen – Bürgerbefragungen und Volksentscheide erleichtern

Im Vergleich der Bundesländer hat das Saarland die schlechtesten Regelungen bei den Volksbegehren und Volksentscheiden. Im Saarland hat bisher nur eine Volksabstimmung stattgefunden, nämlich die von 1955 zur Eingliederung in die Bundesrepublik. Eine Voraussetzung im Saarland für die Durchführung eines Volksbegehrens und Volksentscheids ist das sogenannte Finanztabu. Da die meisten Gesetze finanzwirksam sind, wird eine kaum zu überwindende Hürde aufgestellt.

Auch ist im Saarland untersagt, die Verfassung durch Volksentscheide zu ändern. Es wird deshalb gefordert die Hürden für Volksentscheide im Land herabzusetzen.

Zum Beispiel könnte auch die Diskussion über G8 und G9 an Gymnasien über Volksentscheid entschieden werden.

9. Direktwahl des Ministerpräsidenten

Direkt vom Volk gewählte Ministerpräsidenten sind unabhängiger von ihrer Partei. Die Volkswahl des Ministerpräsidenten würde seine demokratische Legitimation erhöhen.

Die Parteien müssten im eigenen Interesse attraktive Kandidaten aufstellen. Auch das Parlament würde gestärkt. Es würde von einem Anhängsel der Regierung zu einem echten Gegengewicht.

Derzeit steht die Parlamentsmehrheit politisch ganz auf der Seite der Regierung, die sie gewählt hat und gegen Kritik verteidigt. Von echter

Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung sind wir also derzeit weit entfernt.

Dagegen würde die Volkswahl des Ministerpräsidenten das ganze Parlament frei machen, die Regierung wirksam zu kontrollieren und so die Gewaltenteilung wieder herzustellen. Die praktische Durchsetzbarkeit demonstriert der Siegeszug der Direktwahl von Bürgermeistern in den neunziger Jahren, der auf Volksbegehren und Volksentscheiden beruhte.

10. Subsidiarität auf allen Ebenen UND wer bestellt, bezahlt -

Bürger sind auf Kommunal- und Landesebene mehr in die Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Nach dem Motto: „Gebt uns unsere Städte und Dörfer zurück“ sind Kompetenzen auf Bürgerebene zu verlagern. Bund und Land werden aufgefordert konsequent das Konnexitätsprinzip einzuhalten und die Kosten zu 100 % zu tragen, die durch Bundesgesetze oder Landesgesetze entstehen.

Dazu zählen zum Beispiel Kosten, die aufgrund des Bundessozialhilfegesetzes oder der Flüchtlingshilfe entstehen, die komplett vom Bund zu übernehmen sind.

Das Konnexitätsprinzip erhält Verfassungsrang. Das Land und insbesondere die Kommunen haben in außenpolitischer Hinsicht, bezüglich der Flüchtlingsfrage überhaupt keine Entscheidungsspielräume. Deshalb können Sie zur Kostenübernahme nicht verpflichtet werden.

Es reicht nicht aus, den Ländern und Kommunen Pauschalbeträge zur Verfügung zu stellen. Die Flüchtlingsproblematik ist Bundes- bzw. Europaangelegenheit und demnach komplett aus Mitteln des Bundes bzw. der europäischen Union zu finanzieren, auch was die Kosten der Sprachförderung und Integration angeht.

11. Innere Sicherheit gewährleisten – Polizei stärken – Kriminalität wirksam bekämpfen – Bundespolizei muss die Grenzen wieder sichern - Unabhängigkeit der Justiz

Die von der saarländischen Landesregierung eingeleitete Polizeireform ist entsprechend den Vorstellungen der Gewerkschaft der Polizei (GDP) und der Deutschen Polizeigewerkschaft zu korrigieren. Die Bürgernähe der Polizei ist nicht mehr gewährleistet.

Es werden immer mehr sogenannte B-Inspektionen eingerichtet, die an Wochentagen nachts teilweise schließen und deren Personal kontinuierlich reduziert wird.

Diese Entwicklung ist zu revidieren. Weiterer Personalabbau ist unzulässig im Hinblick auf die steigende Kriminalität.

Die Polizeibeamten schieben einen Überstundenberg vor sich her, der bei einer weiteren Reduzierung des Personals nicht mehr abgebaut werden kann. Es bedarf vielmehr einer Aufstockung des Personals um der immer stärker werdenden Grenzkriminalität Herr zu werden. Weiterer Personalabbau gefährdet somit die öffentliche Sicherheit. Des Weiteren ist die Politik und die Gesellschaft aufzurufen, sich bedingungslos hinter ihre Polizei zu stellen.

Polizisten werden immer öfter, insbesondere von Straftätern mit Migrationshintergrund respektlos behandelt. Polizisten müssen das Gefühl haben, dass Vorgesetzte und die Gesellschaft rückhaltlos hinter ihnen stehen. Fehlender Respekt vor unserem Staat und dessen Organen durch gewisse Bevölkerungsschichten kann nicht toleriert werden.

Für Straftaten gilt die Null-Toleranz-Grenze. Eine erfolgreiche Integration kann nur erfolgen, wenn Gesetze und Gepflogenheiten eingehalten werden. Zu deren Überwachung ist die Polizei eine der tragenden Säulen im Staat.

Dort zu sparen bedeutet fahrlässig oder sogar vorsätzlich die öffentliche Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Des Weiteren treten wir für eine rückhaltlose Veröffentlichung der Kriminalitätsstatistik ein.

Es kann nicht sein, dass das Treiben osteuropäischer Banden verniedlicht wird, dass die Grenzkriminalität von Polizeifunktionären heruntergespielt wird und dass bei der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) Straftäter mit Migrationshintergrund nicht mehr gesondert ausgewiesen werden.

Erst die Erfassung des Migrationshintergrundes macht Rückschlüsse auf Herkunft, Kultur, Tradition, Wertvorstellungen, Religion, patriarchalische Familienstrukturen, Integrationsprobleme möglich. Damit ist der Migrationshintergrund für das Strafverfahren von größter Bedeutung und das nicht nur in Bezug auf Repression, sondern auch auf Prävention.

Die Bedrohungslage durch islamistische Terrorangriffe ist dramatisch. Zur Sicherung der Bevölkerung ist unverzüglich ein wirksames Sicherheitskonzept zu entwickeln. Grenzkontrollen und Überwachung der eingereisten Flüchtlinge sind unabdingbar für die Sicherheit der

eigenen Bevölkerung. Die Bundespolizei ist zuständig für die Grenzsicherung.

Nach Aussage der Polizeigewerkschaft fehlen im Saarland allein 380 Stellen. Dies stellt ein enormes Sicherheitsrisiko dar. Die Bundespolizei ist derzeit nicht in der Lage, den Auftrag der Gefahrenabwehr wahrzunehmen. Die Bundespolizei ist unverzüglich mit ausreichendem Personal und ausreichenden Einsatzmitteln auszustatten.

12. Landeszentrale für politische Bildung und Arbeitskammer abschaffen

Die Alternative für Deutschland fordert die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung. Sie hat sich als Hort einseitiger linkslastiger Agitation erwiesen. Politisch neutrale Aufgaben können von Volkshochschulen übernommen werden. Die eingesparten Mittel sollen den Volkshochschulen zugutekommen.

Arbeitskammern gibt es nur im Saarland und in Bremen. In den Bundesländern, die am höchsten verschuldet sind. 14 Bundesländer kommen ohne Arbeitskammer aus, gleichwohl werden auch dort die Arbeitnehmerrechte gewahrt. Die Arbeitskammerbeiträge, die nun auch noch erhöht werden, führen zu einer unnötigen Erhöhung der Arbeitnehmerbelastung.

13. Politik aus Überzeugung, nicht aus Versorgungsmentalität Der Landtag wird zum Teilzeitparlament oder das Parlament wird verkleinert

Immer wieder wird die Eigenständigkeit des Saarlandes diskutiert. Deshalb muss das Land dringend etwas für seine Zukunft tun, ansonsten setzt es sein Fortbestehen aufs Spiel. Das Saarland ist „überverwaltet“. Landesregierung, fünf Landkreise, Regionalverband, diverse Bürgermeister und Oberbürgermeister.

Es werden immer noch neue Stellen geschaffen, anstatt massiv zurückzufahren. Eine Kommunalreform einschließlich der Reduzierung der Landkreise ist auch nach Expertenmeinung unverzichtbar.

Gleichwohl werden aus Versorgungsgründen neue Landräte gewählt. Aus parteipolitischen Proporz wird eine Landrätin zur Präsidentin des Sparkassenverbandes gewählt.

Nach wie vor existieren zwei hochbezahlte Geschäftsführer der Toto-Gesellschaft. Im Saarland ist es Tradition, altverdiente „Parteifreunde“ auf diese hochbezahlten Posten abzuschieben. Landeseigene und städtische Gesellschaften sind oft Versorgungsinstitute für langgediente Politiker, die nicht über die erforderliche Kompetenz verfügen.

Wir fordern ein Transparenzgesetz wonach die Bezüge der Vorstände von öffentlichen Unternehmen offen zu legen sind.

Auch leisten wir uns als Haushaltsnotlageland ein Vollzeitparlament. In Hamburg, Berlin und Bremen existieren Teilzeitparlamente. Die Gesetzgebung wird dadurch nicht zusammenbrechen. Die Einführung eines Teilzeitparlaments oder die Verkleinerung des Parlaments wird ein Signal aussenden, dass es das Saarland mit Spar- und Reformmaßnahmen ernst meint.

Der Landesrechnungshof wird von der Regierung nicht mehr als eigenständige Institution wahrgenommen, die die Ausgaben und Haushaltspolitik des Landes überwacht. Die Unabhängigkeit muss wieder garantiert werden.

14. Kulturpolitik ist auch Wirtschafts- und Standortpolitik

Das kulturpolitische Handeln wird im chronisch überschuldeten Saarland von Fragen der Haushaltskonsolidierung überschattet. Der Kultur im Saarland wird vom Deutschen Kulturrat „Stagnation“ attestiert.

Ansiedlungswillige Unternehmen machen ihre Standortentscheidung immer öfter von einem prosperierenden Kulturleben abhängig, da sie ansonsten Probleme haben, Mitarbeiter zu rekrutieren.

Ebenso machen Studenten ihre Studienplatzwahl unter anderem von einem vielfältigen Kulturangebot abhängig. Von zentraler Bedeutung ist deshalb die Sicherung der kulturellen Infrastruktur. Da Kulturausgaben freiwillige Leistungen sind, ist die Gefahr von Kürzungen massiv.

Dieser Entwicklung ist entgegenzutreten durch die Erstellung eines Kulturentwicklungsplans. Es ist inakzeptabel, dass die Musikfestspiele Saar, die das Ansehen des Saarlandes nachhaltig stärken, in jedem Jahr erneut um ihren Bestand fürchten müssen, weil die Finanzierung unter dem Haushaltsvorbehalt steht.

Wir unterstützen auch die Pläne des Fördervereins Saarphilharmonie zum Bau eines Konzertsaaes.

Zu wenig wird auch getan um das Vermächtnis der Industriekultur für nachkommende Generationen zu sichern. Erhaltenswerte Montanrelikte werden vernachlässigt. Die Industriekultur, ein wesentlicher Baustein für den Tourismus muss in eine professionell gemanagte Gesellschaft überführt werden.

Das Beispiel „Völklinger Hütte“ zeigt wie Kommerz- und Industriekultur profitabel funktionieren. Vordringlich ist auch, den Erweiterungsbau der modernen Galerie nach Jahren der Skandale für die Öffentlichkeit fertigzustellen.

Ebenso ist die unsägliche Abrissdiskussion über den Pingusson-Bau (früheres Kultusministerium) zu beenden. Ein Gebäude nationalen Ranges darf nicht der Abrissbirne zum Opfer fallen.

Ein Ideenwettbewerb über die weitere Nutzung des Gebäudes ist in die Wege zu leiten. Letztendlich muss die Politik auch mit der kreativen Szene im Dialog bleiben. Die Beispiele Berlin und Köln zeigen, dass eine aktive Kreativszene eine starke Anziehungskraft darstellt. Nicht von ungefähr entwickelt sich Berlin, das seit der Wende die Kreativszene gefördert hat, zu einem El Dorado für Start-Up-Unternehmen.

15. Windräder stoppen - Kraftwerke erhalten - Staatliche Bevormundung bei der Wärmedämmung von Gebäuden beenden. Keine Fahrverbote für Innenstädte

Selbst ein Verschwinden Deutschlands mitsamt allen seinen Emissionen aus Kraftwerken, Industrie, Verkehr und Raumheizung von der Weltkarte wäre beim globalen CO₂ - Gehalt der Atmosphäre unterhalb der Messgenauigkeit.

Mit jeder neuen WKA- oder PV- Anlage steigt der Strompreis mit der Folge, dass immer mehr Bürger ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können („Energie - Armut“) und Industrie mitsamt Arbeitsplätzen abwandert.

Da meistens nicht genug Wind weht (siehe stillstehende Windräder) oder die Sonne nicht scheint, nutzen WKA im Saarland ihre installierten Kapazitäten nur zu ca. 15 % aus, die Solaranlagen zu kaum 10 %. Damit trotzdem das Stromnetz nicht zusammenbricht, müssen ständig konventionelle Kraftwerke in Bereitschaft gehalten werden, um sofort einzuspringen. Das ist teurer und emissionsträchtiger als Normalbetrieb.

Auf diese Weise wird der Stromerzeugungspreis um ein mehrfaches erhöht, ohne dass überhaupt ein messbarer Klima - Effekt entsteht.

Diese Entwicklung wollen wir im Saarland stoppen und auf diese Weise sowohl unsere Industrie-Arbeitsplätze sichern, als auch immer mehr Bürger vor Strom - Armut bewahren.

Die ideologisch motivierte Zerstörung der Natur durch einen planlosen Bau von Windkraftanlagen muss beendet werden. Mit der Errichtung großer Windkraftanlagen werden die letzten natürlichen, nicht urbanisierten Lebensräume in Deutschland zerstört. Subventionierte Windkraftanlagen sind ein ökologischer und ökonomischer Irrweg. Die mächtigen Rotoren der Windkraftträder gefährden die Gesundheit der Menschen und töten jährlich Millionen von Vögeln und Fledermäusen. Die letzten erhaltenen Kulturlandschaften werden dem „Windkraft-Wahnsinn“ geopfert. Vor Jahren wurde der subventionierte Bergbau aus Kostengründen eingestellt. Nun führt man hochsubventionierte WKA ein.

Der weitere Ausbau der Windkraft gefährdet auch den Bestand der saarländischen Kraftwerkslandschaft. Somit sind viele Arbeitsplätze gefährdet. Das Saarland als Industrieland ist auf die konventionelle Kraftwerkstechnik angewiesen, damit sich die Räder auch drehen, wenn der Wind nicht weht.

Wärmedämmung von Gebäuden führt zu einem rasanten Anstieg der Baukosten und dient zur Rechtfertigung von Luxussanierungen. Daneben kommt es häufig zu Gebäudeschäden durch Schimmel und Pilzbefall. Historische Fassaden werden zerstört.

Umweltzonen und Fahrverbote sind für Bürger und Wirtschaft unzumutbar. Umweltstandards müssen dem aktuellen Stand der Technik angepasst werden.

Einschränkungen in Form von Fahrverboten und Umweltzonen für zugelassene Fahrzeuge kommen einer Enteignung gleich.

Stattdessen sind verkehrstechnische Konzepte zu verfolgen, die den Verkehrsfluss verbessern, Staus verringern, die Sicherheit erhöhen und die Lebensqualität steigern. Als Beispiel hierfür sei der Ausbau weiterer Spuren bei Autobahnen, der Bau von Umgehungsstraßen im ländlichen Bereich und von Hochstraßen im städtischen Bereich genannt.

Die AfD fordert auch im Saarland die Einführung des „Grünen Pfeils“ an Ampeln. Nach der StVO §37 Abs.2 Nr.1 Satz 8-10 erlaubt der „Grüne Pfeil“ bei einer roten Ampel nach ausdrücklichem Halten das Abbiegen nach rechts. Dieses zusätzliche kleine Schild an den Ampeln neben dem Rotlicht ist in vielen Bundesländern vorhanden – auch in Rheinland-Pfalz aber nicht im Saarland.

Dadurch könnte auch hier der Verkehr flüssiger sein und bei dem ordnungsgemäßen Verhalten würden Rechtsabbieger an Ampeln Zeit und Benzin sparen.

16. Artenschutz, Tierschutz und Jagd

Der Artenschutz zielt auf die Gewährleistung einer gesunden, den örtlichen Gegebenheiten entsprechenden Tier- und Pflanzenwelt. Hier geht es um sogenannte heimische Lebewesen, die sich über Jahrmillionen zusammen entwickelt und gemeinsam an ihre Umwelt angepasst haben.

Sie bilden untereinander und zu ihrer unbelebten Umwelt ein kompliziertes Netz von Verstrickungen, wodurch ein Ökosystem überhaupt erst seine Stabilität aufrechterhalten kann.

Unbelastete Lebensgemeinschaften enthalten außerdem eine hohe genetische Vielfalt, die von großem Nutzen in der Forschung (auch Medizin und Pharmazie) ist.

Versäumnisse im Bereich des Artenschutzes sind immer nachteilig für die Menschheit, denn dann leidet die Umwelt insgesamt und einzigartiges Erbgut geht unwiderruflich verloren.

Die Betrachtungen des Artenschutzes stützen sich auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse und beziehen sich weltweit auf Populationen, nicht auf einzelne Individuen.

Auch im Saarland ist die Artenvielfalt bedroht durch beispielsweise eingeschleppte fremde Pflanzen (z.B. japanischer Staudenknöterich) und Tiere wie die Tigermücke (Zikavirus).

Sogenannte „Tierfreunde“ setzen auch Exoten wie z.B. amerikanische Flusskrebse und Reptilien aus, die die heimische Tierwelt gefährden.

Die AfD fordert, dass das Ausbreiten des japanischen Staudenknöterichs gestoppt wird durch konsequentes Beseitigen etwa durch Straßenbaubetriebe, einen Masterplan zur Bekämpfung der Tigermücke, wie das teilweise in einigen Bundesländern der Fall ist. Außerdem fordern wir Maßnahmen zur Rettung der heimischen Honigbienen, da ansonsten die heimische Landwirtschaft mit erheblichen Einbußen zu rechnen hat.

Die Einfuhr und die Haltung von Exoten, ob Tiere oder Pflanzen muss restriktiver geregelt und kontrolliert werden.

Auch der Wolf hat seine Berechtigung. Artenschutz hat Vorrang vor Tierschutz.

Tierschutz zielt auf die Gewährleistung von vertretbaren Lebensbedingungen für die einzelnen Tiere. Tierquälerei sowie grundloses Töten von Wirbeltieren sind verboten.

Die Massentierhaltung sollte als Ganzes überdacht und besser kontrolliert werden. Bedenklich ist hier in besonderem Maße der Umgang mit Pharmaka, insbesondere die prophylaktische und insgesamt überzogene Verabreichung von Antibiotika, die zu unabschätzbaren Resistenzbildungen führen kann.

Tiere dürfen nur stress- und schmerzfrei geschlachtet werden. Das betäubungslose Schächten von Tieren ist grundsätzlich zu verbieten. Ausnahmegenehmigungen für Schlachthöfe sind abzulehnen.

Das Aussetzen von Haustieren ist härter zu bestrafen. Nichtartgerechte Züchtung ist Tierquälerei und somit zu verbieten. Unverantwortliche Halter von gefährlichen Hunden sind bei Missachtung bestehender Vorschriften und Gesetze konsequent zu verfolgen. Null Toleranz !

Die Jagd dient laut Bundesjagdgesetz neben des Erlegens und des Sich Aneignens von Wild der Erhaltung eines den landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnissen angepassten, artenreichen und gesunden Wildbestandes sowie der Pflege und der Sicherung seiner Lebensgrundlagen.

Die AfD erkennt die Notwendigkeit der Jagd und Jagdausübung an. Wegen der Abwesenheit von Raubtieren (Wolf und Bär) muss der Jäger deren Aufgabe regulierend übernehmen. Jäger sind nicht unnötig mit weiteren waffenrechtlichen und bürokratischen Vorschriften bei der Jagdausübung zu beeinträchtigen.

17. Grubenwasserkonzept differenziert betrachten – Risiken ausschließen

Das von der RAG gemäß Erblastenvertrag vorgelegte Grundwasserkonzept für die Saargruben birgt Risiken. Gefahren und Risiken, wie auch Chancen, sind einer differenzierten insbesondere wissenschaftlichen Betrachtung zu unterziehen. Priorität muss die Vermeidung von Gefahren für Mensch und Umwelt haben. Die komplexe Thematik eignet sich nicht als ideologisches Schlachtfeld.

18. Keine Schulschließung – Keine Gemeinde ohne weiterführende Schule

Für unsere Kinder ist die beste Schule gerade gut genug. Der Staat ist ein schlechter Unternehmer, er kann auch Schule nicht. Auch die Schule kann sich nur im Wettbewerb verbessern, deshalb müssen Privatschulen gefördert und staatliche Schulen wesentlich verbessert werden, hierbei ist für die AfD das Gymnasium nicht verhandelbar. Jedem Schüler muss ermöglicht werden, an einem wohnortnahen Gymnasium das Abitur wahlweise nach acht oder neun Jahren zu erreichen.

Dabei soll jedes Gymnasium selbst entscheiden können, ob es in acht oder neun Jahren zum Abitur führt. Nur die möglichst selbständige Schule kann ihre Schüler zu selbständigen Menschen erziehen, sie ist besser und billiger. Daher muss die Schule von der obrigkeitsstaatlichen Gängelung befreit werden, sie ist nicht für das Bildungsministerium da, sondern für ihre Schüler und deren Eltern. Die Schule übernimmt die Verantwortung für ihre Schüler, Lernansporn geschieht durch Motivation.

Wir wollen, dass an unseren Schulen wieder Leistung und Disziplin einziehen. Die Schule wird zum Bildungsunternehmen und zur Kulturstätte eines Ortes ausgebaut, sie darf deshalb unter keinen Umständen geschlossen werden (Die Zahl der Schüler einer Schule ist - fast - unerheblich).

Das Klassenzimmer ist kein Ort der politischen Indoktrination, an den Schulen soll die Bildung einer eigenen Meinung gefördert werden und nicht die Übernahme ideologischer Vorgaben.

Die AfD lehnt den weiteren Ausbau der gebundenen Ganztagschule ab. Die „Leichte Sprache“ ist regelwidrig und senkt die Standards. Über den Kreis geistig Behinderter darf die „Leichte Sprache“ nicht ausgedehnt werden. Behörden dürfen nicht gezwungen werden, die „Leichte Sprache“ einzuführen. Das Vorhaben dient nur der Ökonomisierung sozialer Dienstleistungen. Der übertriebene und unsachgemäße Gebrauch von digitalen Medien wie z.B. Smartphones kann zu Verhaltensstörungen mit sozialen und psychischen Folgeproblemen führen. In den Schulen ist über diese Gefahren durch Medienpädagogen aufzuklären.

19. Kein Zwang zur Inklusion

Die Alternative für Deutschland lehnt eine flächendeckende Inklusion ab.

Dies hätte zur Folge, dass schwerbehinderte Kinder und Jugendliche aufgrund eines gesellschaftlichen Experiments eine adäquate Bildungsförderung nicht mehr erhalten. Es ist unmöglich Schulen personell und räumlich so auszustatten, dass überall erfolgreiche Inklusion stattfinden kann.

Im Mittelpunkt steht das Wohl der Kinder, dies darf nicht einem falschen und überzogenen Toleranzdenken zum Opfer fallen. Die Wahlfreiheit der betroffenen Eltern gilt es zu schützen.

Die AfD fordert das Förderschulsystem unbedingt zu erhalten und auch die Ausbildung eigener Förderschullehrer zu sichern. Die Differenzierung des Bildungsangebotes ist nicht rückständig, sondern im Gegenteil fortschrittlich.

20. Diplom und Meisterbrief statt Bachelor

Im Zuge des Bologna- Prozesses wurden an deutschen Universitäten Bachelor- und Masterstudiengänge eingeführt.

Bewährte deutsche Bildungsabschlüsse wurden aufgegeben und stattdessen unreflektiert das angelsächsische System übernommen.

Der Bachelor- Abschluss reicht für anspruchsvolle Aufgaben in der Wirtschaft, Industrie und Forschung nicht aus.

Der Abschluss „Diplom-Ingenieur“ genießt nach wie vor einen hervorragenden Ruf national und international.

Die AfD spricht sich für den Erhalt des deutschen Diploms aus.

Der Universität des Saarlandes muss die Möglichkeit gegeben werden, zu den bewährten Hochschulabschlüssen (Diplom, Magister und Staatsexamen) zurückzukehren.

Die Überbewertung des akademischen Abschlusses ist nicht zielführend. Das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung insbesondere in mittelständischen Unternehmen sollte mehr Gewicht erhalten.

21. Rundfunkzwangsgebühren abschaffen - Politische Einflussnahme auf öffentlich-rechtlichen Rundfunk eindämmen

Mit Wirkung vom 1. Januar 2013 trat in Deutschland der Rundfunkbeitragsstaatvertrag an die Stelle des bisherigen Rundfunkgebührenstaatsvertrages.

Damit ersetzt ein Rundfunkbeitrag die frühere Rundfunkgebühr. Im Unterschied zu einer Gebühr ist ein Beitrag grundsätzlich nicht an die tatsächliche Inanspruchnahme einer Leistung gebunden, sondern ist allein für die Möglichkeit zur Inanspruchnahme zu zahlen. Es muss nun jeder bezahlen, auch gemeinnützige Einrichtungen, Jugendherbergen, Vereine, etc., die bisher von der Rundfunkgebühr befreit waren.

Für gerecht kann man dies nur halten, wenn man der Grundannahme folgt, dass jeder für den öffentlich rechtlichen Rundfunk zahlen muss, ganz gleich ob er die Sender empfangen kann oder will.

Wer früher die Radio- oder Computergebühr zahlte, weil er den Fernseher scheute, wird die plötzlich auf das dreifache angeschwollene Zwangsabgabe von 17,50 € nicht für gerecht halten. Die Gesetzesänderung führte zu einer wundersamen Geldvermehrung für die öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten, die nun über Einnahmen in Höhe von fast acht Milliarden Euro verfügen. Hinzu kommen noch die Werbeeinnahmen. Wer nun meint, dass diese wundersame Geldvermehrung zu einer Verbesserung des Programms geführt hätte, wird enttäuscht sein.

Aus allen Teilen der Bevölkerung mehren sich die Klagen über Wiederholungen, niveaulose Billigserien und einseitige politische Berichterstattung. Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist seit Jahren zu einer Simplifizierungsmaschine verkommen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk legt großen Wert auf seine Staatsferne. Sie bemisst sich vor allem am journalistischen Selbstverständnis, das erkennbar unabhängig ist und auf Distanz zur Politik achtet. Das ist jedoch nicht mehr der Fall. Die Öffentlich-Rechtlichen mutieren immer mehr zu einem Regierungssprachorgan der Political Correctness.

Gerade im Saarland ist die politische Beeinflussung durch die Parteien gravierend. Obwohl 2015 ein neues Mediengesetz verabschiedet wurde, wonach Berufspolitiker nicht mehr überproportional in den Rundfunkrat entsendet werden sollen, haben CDU und SPD ihre Vizefraktionschefs in den Rundfunkrat des SR entsandt. Die politische Einflussnahme verhindert eine neutrale Berichterstattung.

Bei der Besetzung des ZDF Rundfunkrates wurde die Rechtsprechung ebenfalls trickreich umgangen.

Nur noch fünf Prozent aller unter 30jährigen schauen ARD und ZDF – dafür aber kassieren die öffentlich rechtlichen pro Jahr mehr als 7,7 Milliarden Euro Zwangsgebühren.

Die zusätzlichen Mehreinnahmen werden hauptsächlich für die fürstlichen Gehälter der Intendanten und für Pensionsrückstellungen benötigt.

Nirgendwo in Europa sind öffentlich rechtliche Senderanstalten so teuer wie in Deutschland und bieten so wenig an guter Qualität. Das Kreative geht verloren, weil in den Rundfunkräten zu viele Gremien insbesondere Parteien, Gewerkschaften und Kirchen mitreden.

Der Rundfunkbeitrag ist deshalb abzuschaffen, zumal der Bildungsauftrag aufgrund der heutigen Medienvielfalt nicht mehr gegeben ist. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen zukünftig mit Einnahmen ihrer Abonnenten bzw. Nutzer und ihren Werbeeinnahmen auskommen.

22. Familien stärken – Kinder fördern – Eltern entlasten

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft und Kultur. Zudem ist eine ausreichende Anzahl von Kindern von zentraler Bedeutung für die demographische Entwicklung und somit für den Fortbestand unseres Volkes sowie die Funktionsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme.

Die demographischen Probleme Deutschlands lassen sich nicht durch Zuwanderung lösen. Wir brauchen eine Willkommenskultur für Kinder und eine größere Wertschätzung für Familien.

Die Ehe verleiht der Familie Verlässlichkeit und Stabilität. Im Einklang mit unserer verfassungsmäßigen Ordnung bekennen wir uns daher zum Leitbild von Ehe und Familie (Artikel 6 GG), sowie zu den Elternrechten. Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates Ehe und Familie zu beschützen und zu fördern.

Wir respektieren die eingetragene Lebenspartnerschaft. Deren Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab.

Das Recht auf Adoption muss Ehepaaren vorbehalten bleiben. Es ist das Recht und die Pflicht der Eltern, für ihre Kinder zu sorgen. Dies beinhaltet auch Wahlmöglichkeiten der Eltern bei Kinderbetreuung und Schulbildung. Der Staat darf sich nur in begründeten

Ausnahmefällen in familiäre Angelegenheiten einschalten, beispielhaft zum Zweck des Jugendschutzes.

Gerade im Saarland ist zu beobachten, dass die Kosten für Jugendhilfe explodieren. Abgesehen von den ökonomischen Verwerfungen, deutet dies daraufhin, dass der Staat in Verbindung mit sozialen Organisationen zu viel Einfluss auf Familien und Erziehungsberechtigte ausübt.

Das Leitbild der Familie ist zu schützen und zu fördern. Kinder sichern die Zukunft unserer Gesellschaft. Der Staat hat die Pflicht Bedingungen zu schaffen, die den Kinderwunsch ermöglichen und fördern.

Dazu gehören sozialverträgliche Beiträge für Kindertagesstätten und Kindergärten. Neben der finanziellen Stärkung der Familie muss das Familienbild aufgewertet werden und in allen Bereichen der Öffentlichkeit Wertschätzung erfahren.

Deshalb sind Familien finanziell zu entlasten. Familien müssen durch bedarfsgerechte direkte Transferleistungen zielgerichteter als bisher gefördert werden.

Die Erziehungsleistung ist angemessen auf die Rente anzurechnen unabhängig vom Jahr der Geburt des Kindes.

Das Ehegattensplitting sollte erhalten, aber zu einem Familiensplitting weiterentwickelt werden, sodass der Steuertarif gemäß der Kinderzahl angepasst und der sozialen Lage der Familie gerecht wird.

Zum Erwerb von Wohneigentum erhalten Eltern zinslose Darlehen, deren Schuldsomme sich mit jedem neugeborenen Kind vermindert.

Die Grunderwerbsteuer wird beim Ersterwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch Familien je nach Kinderzahl begrenzt oder nicht erhoben. Somit werden auch junge Familien im Saarland gehalten und die Landflucht kann damit gemildert werden.

23. Armut bekämpfen

Die soziale Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards existiert in Deutschland nicht mehr.

Armut ist gerade in den Städten sichtbar geworden. Altersarmut nimmt erschreckende Ausmaße an. Pflegebedürftige Menschen sind immer weniger in der Lage einen Heimplatz zu bezahlen.

Viele haben mehrere Jobs, trotzdem reicht das Einkommen nicht aus Familien über die Runden zu bringen.

Exorbitante Miet- und Nebenkostensteigerungen verschärfen noch die Situation.

Die größten Verlierer der seit Jahren akzeptierten Fehlentwicklung ist die Mittelschicht bestehend aus Facharbeitern und Angestellten, die mit überproportionalen Steuern und Abgaben belastet werden und die ständig in Angst leben, ins soziale Prekariat abzudriften.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen in erster Linie in einer ungleichen Einkommensverteilung und in mehreren Rentenreformen besser gesagt Rentenkürzungen.

Das durchschnittliche Einkommen der Arbeitnehmer ist seit der Jahrtausendwende um 6 % gestiegen. Das gleicht noch nicht einmal die Inflationsrate aus. DAX-Vorstände verdienen vor 40 Jahren 30-mal so viel wie Angestellte; heute ist es 350-mal so viel.

Deshalb sind so viele Deutsche auch nicht mehr in der Lage Vermögensbildung zu betreiben.

Banken und ganze Staaten in Südeuropa werden mit Steuergeld gerettet. Internationale Konzerne wie z.B. IKEA, Google, Starbucks und Amazon zahlen wenn überhaupt unverhältnismäßig geringe Steuern. Steuervermeidungsmodelle waren über Jahrzehnte unter der Aufsicht des heutigen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker die Regel.

Lobbyisten schreiben in Berlin und Brüssel die Gesetze im Sinne von Shareholder-Value, das Ganze mit Billigung deutscher Regierungen. Gerade im Saarland sind die Armut und insbesondere die Altersarmut besonders stark ausgeprägt, weil die Einkommen im Saarland unter dem Bundesdurchschnitt liegen.

Die Kommunen ächzen unter hohen Sozialhilfekosten. Diese Entwicklung umzukehren wird ein schwieriger Weg.

Die AfD fordert in einem ersten Schritt:

- Beibehaltung und Indexierung des Mindestlohns.
- Anhebung des Rentenniveaus sowie Erhöhung des Grundfreibetrages bei Rentenerhöhungen, um eine reale Einkommenskürzung durch eine möglicherweise entstehende Steuerpflicht zu verhindern.
- Einführung einer Pflegevollversicherung.
- Anhebung des Zinsniveaus, damit Vermögensbildung wieder ermöglicht werden kann.
- Einführung des Schweizer Rentenmodells (Drei-Säulen-System).
- Internationale Konzerne zahlen für hier getätigte Geschäfte Steuern in Deutschland und nicht in Steueroasen.
- Steuertrickserei ist zu beenden.

24. Steuervereinfachung / Steuergerechtigkeit

Die AfD lehnt Steuererhöhungen ab.

Die Deutschen liegen mit ihrer Steuer- und Abgabenlast innerhalb Europas im oberen Bereich, obwohl die Steuerquellen sprudeln wie nie. Die Einnahmen des Fiskus steigen jährlich um rund 27 Milliarden Euro. Ein Großteil muss nun für Flüchtlingsintegration und innere Sicherheit ausgegeben werden.

Vor diesem Hintergrund ist jede Diskussion um weitere Steuererhöhungen unverantwortlich.

Das Steuersystem in Deutschland ist kompliziert, unübersichtlich und ungerecht.

Wir wollen einen Einkommenssteuertarif mit wenigen Stufen und einem deutlich höheren Grundfreibetrag. Steuerstufen, Grundfreibetrag und abzugsfähige Pauschalen sind zu indexieren um eine schleichende Steuererhöhung zu vermeiden.

Es geht nicht an, dass der Staat über die „kalte Progression“ seine Bürger übervorteilt. Überholte Steuervorschriften sind abzuschaffen. Das Umsatzsteuerrecht ist zu reformieren. Die Liste der ermäßigt zu besteuern Umsätze ist zu überarbeiten und auf die lebensnotwendigen Waren und Güter zu begrenzen.

Das Steuerrecht muss im Sinne der Familienförderung reformiert werden. Wir fordern die Einführung des Familiensplittings.

Erbschafts- und Vermögenssteuer werden abgeschafft, weil es sich um Substanzsteuern handelt. Sie greifen auf Vermögen zu, das aus bereits versteuertem Einkommen entstanden ist. Die Erbschaftssteuer ist darüber hinaus eine ungerechte Steuer, da sie Firmenerben einseitig bevorteilt (siehe Rechtsprechung Bundesverfassungsgericht). Die Vermögenssteuer ist beim Gesamtsteueraufkommen marginal. Da sie vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig erklärt wurde, ist sie ganz abzuschaffen.

Ebenso ist die Grunderwerbssteuer abzuschaffen oder zumindest zu senken, da sie ein Investitionshemmnis darstellt und überwiegend nur noch von Bürgern bezahlt wird und nicht mehr von Immobilienkonzernen, die legal Wege gefunden haben die Grunderwerbssteuer zu vermeiden (Anteilsverkauf).

Die Gegenfinanzierung erfolgt über die Wiederherstellung der Steuergerechtigkeit sowie die Abschaffung von Steuerverschwendung. Steuern sind am Entstehungsort zu entrichten.

Durch Steuervermeidungsmodelle der internationalen Konzerne entstehen EU weit jährlich Steuerausfälle von bis zu 70 Milliarden Euro. Nach wie vor treiben innerhalb der EU Steueroasen (Andorra, Liechtenstein, Monaco, Luxemburg u. a.) ihr Unwesen zu Lasten der Gemeinschaft und des deutschen Steuerzahlers.

Nach wie vor ist Steuerverschwendung straffrei! Wir setzen uns dafür ein, dass Steuerverschwendung straf- und zivilrechtlich geahndet wird. Der Landesrechnungshof stellt jedes Jahr immer wieder fest, dass im Haushaltsnotlageland Saarland Millionen verschwendet werden, ohne dass jemand hierfür zur Rechenschaft gezogen wird.

25. Keinen Cent für „Gender Mainstreaming“

Der englische Ausdruck „Gender Mainstreaming“ lässt unterschiedliche Formulierungen bei der Übersetzung ins Deutsche zu, womit schon die allgemeine Verwirrung beginnt.

Im Unterschied zum allgemein anerkannten und jedermann verständlichen biologischen Geschlecht (Mann/Frau) wird mit „gender“ die Existenz eines sogenannten sozialen und psychologischen Geschlechts behauptet.

Mainstreaming bedeutet die Strategie, dieses Thema in alle Bereiche des Zusammenlebens (Gesetze, Verordnungen, Lehrpläne, öffentliche Haushalte, Universitäten, Schulen, Kitas, Sprache, Kirche) einzubringen.

Sogenannte sexuelle Vielfalt soll Jugendlichen und sogar Kindern eingeredet werden. Die Vorstellung von Vater / Mutter / Kind soll „entnormalisiert“ werden. Ein großer, teurer Bürokratieapparat soll ohne genügende demokratische Berechtigung geschaffen werden.

Die Alternative für Deutschland lehnt den Gender - Wahnsinn und die damit beabsichtigte Frühsexualisierung unserer Kinder entschieden ab. Staatliche Maßnahmen für diese Thematik sind sofort zu streichen. Gender Mainstreaming ist eine Ideologie und keine wissenschaftliche Lehre.

Ebenso wendet sich die AfD gegen die Verunstaltung der deutschen Sprache durch sogenannte gendergerechte Formulierungen. Bestrebungen der EU, den Mitgliedstaaten eine solche Politik aufzuzwingen muss entgegengewirkt werden.

Die AfD steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter unter Anerkennung ihrer unterschiedlichen Eigenheiten, sozialen Rollen und Lebenssituationen.

Die AfD lehnt ein „Gender Mainstreaming“, das auf eine Aufhebung der Geschlechteridentitäten zielt ab.

26. Keine weitere Eurorettung auf unsere Kosten

Der Euro ist gescheitert und wird nur noch künstlich am Leben erhalten durch ständige Transferzahlungen von Nord nach Süd, durch Null-Zinsen und neuerdings Negativ-Zinsen.

Deutsche (und saarländische) Sparer werden so schleichend enteignet, während sich die schwachen Volkswirtschaften in Europa, die eine entsprechend schwache Währung bräuchten, nicht erholen können.

Griechische Verbraucher zum Beispiel mit Euro in der Hand kaufen vorzugsweise konkurrenzfähigere ausländische Produkte und lassen die einheimischen liegen. Mit der Folge von Pleiten, Arbeitslosigkeit, steigenden Sozialkosten und Staatsbankrott - der wiederum durch Transferzahlungen aus Nordeuropa/Deutschland verschleppt wird.

Die sogenannte Eurorettung ist eine Rettung internationaler Großbanken auf Kosten der Steuerzahler. Wir fordern, das gescheiterte Experiment Euro geordnet zu beenden.

Wir fordern die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabiler Währungsverbunde ohne ungerechte und schädliche Transferzahlungen.

Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein.

27. Kein Einstieg in die Abschaffung des Bargeldes

Es besteht die Gefahr, dass die Null-Zins-Politik bis zur Einführung negativer Zinsen getrieben werden könnte. Die natürliche Reaktion der Bürger wäre die Abhebung und private Verwahrung ihres Bargeldes.

Dem könnte die Politik nur durch Abschaffung des Bargeldes entgegen wirken. Nach Italien und Frankreich, wo nur noch bis 1000,- Euro bar gezahlt werden darf, sind erste Tendenzen in dieser Richtung auch in Deutschland zu sehen. Der linke Ökonom und „Wirtschaftsweise“ Peter Bofinger vertritt bereits diese Richtung. Im Saarland hat der Finanzminister Toscani (CDU) ebenfalls eine begrenzte Gültigkeit und Verwendbarkeit des Bargeldes – „bis 5000,- Euro“ – ins Gespräch gebracht.

Gemäß Bundesbankgesetz (§ 14) und AEUV (Artikel 128, Absatz 1) sind jedoch Banknoten unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel. Bargeldnutzung ist ein bürgerliches Freiheitsrecht.

Die AfD verteidigt die unbeschränkte Gültigkeit und Verwendbarkeit des Bargeldes.

28. Asylrecht schützen – Missbrauch bekämpfen

Deutschland nimmt seit Jahren die weitaus meisten Asylbewerber aller EU-Staaten auf. Bundeskanzlerin Merkel hat sich im September 2015 in einer historisch einmaligen Fehlleistung sowohl über ihren Amtseid als auch über nationales wie supranationales Recht hinweggesetzt und die Grenzen für tatsächliche oder angebliche Flüchtlinge faktisch abgeschafft.

Das hat eine ungeheure Sogwirkung ausgelöst, in deren Folge sich Hunderttausende auf der Suche nach einem besseren Leben zu uns auf den Weg gemacht haben.

Sie sind nun Vorbild für Millionen Umsiedlungswillige weltweit.

Wie schon in der Eurokrise, werden nun auch in der Flüchtlingskrise massiv Rechtsbrüche begangen, die mittel- und langfristig zu einer Erosion der kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Grundlagen Deutschlands führen werden. Politische, religiöse und kulturelle Konflikte werden importiert.

Die meisten etablierten Parteien und die mehrheitlich gleichgeschalteten Medien übertreffen sich im Verschweigen der Konflikte.

Es kommt überall in Deutschland zu Straftaten und Übergriffen, die in Art und Umfang in der Vergangenheit in Deutschland unbekannt waren.

Die Vorfälle an Silvester in Köln haben diesbezüglich traurige Berühmtheit erlangt, sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Tagtäglich zeigt sich, dass sich der Staat nicht mehr in der Lage sieht, entsprechend gegenzusteuern.

Länder und Kommunen werden seitens des Bundes weitgehend mit der Bewältigung der Probleme allein gelassen. Die finanzielle Unterstützung des Bundes für die Länder und Kommunen ist bei Weitem nicht ausreichend. Finanzschwachen Ländern und insbesondere überschuldeten Kommunen droht der finanzielle Kollaps. Die deutschen Sozialsysteme werden überfordert. Finanzexperten sprechen bereits von langfristigen Belastungen in Billionenhöhe.

Leistungskürzungen und Steuererhöhungen werden unvermeidlich. Nach wie vor lehnt es die Bundeskanzlerin sowie die sie tragenden Parteien ab, Obergrenzen einzuführen.

Die Alternative für Deutschland fordert ein sofortiges Ende dieser verantwortungslosen Politik!

Die AfD bekennt sich zum Anspruch auf Asyl – Missbrauch ist jedoch zu bekämpfen.

Die AfD fordert die Umwandlung des individuellen Grundrechts auf Asyl in eine institutionelle Garantie des Asylrechts.

29. Zuwanderung eindämmen – Schengen aussetzen

Bis zu einer tatsächlichen garantierten Sicherung der Außengrenzen der EU durch die entsprechenden EU-Länder müssen der Schengenvertrag ausgesetzt und die deutschen Grenzen wieder kontrolliert werden.

Die deutschen Grenzbeamten müssen jeglichen unbefugten Grenzübertritt verhindern und handeln hierbei nach Gesetz und Dienstvorschriften.

Die europäische Grenzschutzorganisation Frontex hat ihre „Schlepperhilfsdienste“ einzustellen; das Gleiche gilt für die Deutsche Bundesmarine.

Australien muss Vorbild der marinen Grenzsicherung sein. Länder wie Ungarn, die pflichtgemäß die EU-Außengrenzen sichern, dürfen nicht länger dafür angefeindet werden. Nach australischem Beispiel sind auf dem Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlingsboote in ihre Heimathäfen zurück zu schleppen.

Demgegenüber steht die AfD für eine Zuwanderung nach unserem Bedarf. Dies muss durch ein Einwanderungsgesetz geregelt werden. Deutschland muss das Recht haben, Menschen, die unsere Kultur, unsere rechtliche Ordnung und unsere Werte grundsätzlich ablehnen oder die ihre archaischen Gesellschaftsstrukturen und Gesetze hierzulande einführen wollen, den Aufenthalt zu verweigern.

Über Quantität und Qualität der Zuwanderung selbst zu bestimmen ist ein herausragendes Merkmal staatlicher Souveränität.

Anerkannte Asylbewerber und Zuwanderer sind schnellstmöglich zu integrieren und in Arbeit zu bringen und bis dahin auch zu gemeinnützigen Arbeiten heranzuziehen.

Bei Ablehnung einer gemeinnützigen Arbeit müssen die Sozialleistungen der Betroffenen gekürzt oder gestrichen werden. In aussichtslosen Asylverfahren sind die Bewerber nicht zu integrieren. Geldleistungen werden nicht mehr gewährt, sondern nur noch Sachleistungen.

Die Verfahrensdauer ist auf ein Mindestmaß zu reduzieren unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften. Danach hat die unverzügliche und konsequente Abschiebung zu erfolgen.

Die AfD ist eine säkulare Partei, die sich zum Humanismus bekennt. Richtschnur jeglichen Handels ist das Grundgesetz. Entgegen der Behauptung führender Repräsentanten des Staates gehört deshalb der Islam nicht zu Deutschland. Zur Realität Deutschlands gehören jedoch Menschen jeglichen Glaubens, auch des islamischen, die wir akzeptieren, sofern sie friedlich und integriert unter uns leben.

Parallelgesellschaften, die die Anwendung islamischer Rechtsvorschriften einführen wollen, dürfen nicht länger hingenommen werden.

Den Doppelpass für Bürger aus Nicht-EU-Staaten lehnen wir ab. Der deutsche Pass ist das Bekenntnis zu Deutschland, damit unvereinbar ist der weitere Besitz des bisherigen Passes.

30. Freiheit der Bürger

Die Freiheit der Bürger wird in vielen Lebensbereichen unnötig einschränkt.

Gesetze und Vorschriften, die keinen konkreten Schutz vor Gefahren oder Beeinträchtigungen bewirken und nur der Restriktion der Bürger dienen, sind abzuschaffen.

Die AfD widersetzt sich jeder Einschränkung von Bürgerrechten durch ein Verschärfen des Waffenrechts.

Die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht Opfer wehrloser.

Eine Verschärfung des Waffenrechts wird nicht verhindern, dass Terroristen und andere Verbrecher illegal Waffen erwerben, mit ihnen handeln und sie nutzen.

Ein strengeres Waffenrecht wäre ein weiterer Schritt in die Kriminalisierung unbescholtener Bürger und in den umfassenden Überwachungs- und Bevormundungsstaat.

Der bisher bestehende Bedürfnisnachweis schafft keine größere Sicherheit, schränkt jedoch Bürgerrechte ein.

Dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung muss wieder uneingeschränkt Geltung verschafft werden.

Beschluss LPT 18.09.2016

Für eigene Notizen:

Für eigene Notizen:

AfD - Saarland

V.i.S.d.P:

Alternative für Deutschland AfD - Saarland
vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten
durch den Geschäftsführer Dieter Müller

In der Galgengel 53

66117 Saarbrücken

Tel.: 0681-92556460

Internet: www.afdsaarland.de

E-Mail: info@afdsaarland.de

Facebook: www.facebook.com/afdsaar

Spendenkonto:

Alternative für Deutschland LV Saarland

IBAN: DE55 5905 0101 00 67 0539 67

BIC: SAKSDE55 (Sparkasse Saarbrücken)

(für die Erstellung einer Zuwendungsbescheinigung
bitte Adresse oder ggf. Mitgliedsnummer angeben)



Alternative

für

Deutschland